STADT ASCHERSLEBEN

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Recht und Kommunales

Sitzungstermin: **Dienstag, 03.03.2020, 17:00-18:25 Uhr**
Ort, Raum: **Aschersleben, Markt 1, Ratssaal**

NIEDERSCHRIFT

Anwesend waren:

Vorsitzende/r
Frau Rita Reisky

ordentliches Mitglied
Herr Lothar Gruber
Frau Christine Klimt
Herr Andreas Rossa
Herr Michael Rother i. V. für Herrn Dr. Maik Planert
Frau Steffi Seidensticker
Herr Axel Wieczorek

Verwaltung
Herr Bernhard Fuchshuber
Herr Christian Grossy
Herr Rüdiger Schulz

Nicht anwesend waren:

ordentliches Mitglied
Herr Marcel Hänsgen entschuldigt
Herr Andreas Knoche entschuldigt
Herr Dr. Lars-Gernot Otto unentschuldigt
Herr Dr. Maik Planert entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung (Abstimmung) der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.02.2020
4	Einwohnerfragestunde
5	Informationen
5.1	Polizeipräsenz in Sachsen-Anhalt (Vorstellung durch den Leiter des Polizeireviers des Salzlandkreises - Kriminaloberrat Steffen Kuse)
6	Anfragen und Anregungen
7	Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

8	Feststellung der Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils
9	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung (Abstimmung) der Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.02.2020
10	Informationen
11	Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 *Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit*
Die Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit (mit 7 Mitgliedern) erfolgt durch die Ausschussvorsitzende Frau Reisky.

Frau Reisky begrüßt Herrn Kriminaloberrat Herrn Steffen Kuse, Leiter des Polizeireviers Salzlandkreis und Frau Beier von der Presse.

zu 2 *Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils*
Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor. Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird somit einstimmig beschlossen.

Frau Reisky bittet um Abstimmung zum Rederecht Tagesordnungspunkt 5.1 „Polizeipräsenz in Sachsen-Anhalt" für Herrn Kriminaloberrat Herrn Steffen Kuse:

Abstimmung: 7 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

zu 3 *Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung (Abstimmung) der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.02.2020*
Es liegen keine Einwendungen vor. Es erfolgt die Beschlussfassung zum öffentlichen Teil der Niederschrift mit folgendem Abstimmungsergebnis:

Abstimmung: 7 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

zu 4 *Einwohnerfragestunde*
entfällt

zu 5 *Informationen*
Herr Grossy informiert in Ergänzung zur letzten Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Recht und Kommunales am 04.02.2020, an der er nicht teilgenommen hat, zu einigen noch offenen Sachverhalten.

Frau Klimt hatte eine Nachfrage zur Verkehrsüberwachung im Pfeilergraben gestellt. Verkehrsüberwachung findet dort nach wie vor statt – momentan aber nur in die Richtung Mehringer Straße hoch, da es seit geraumer Zeit auf der anderen Seite kein Stellplatz mehr für das Messfahrzeug gibt, da diese Parkflächen rege genutzt werden.

Eine weitere Nachfrage von Frau Kilimt war, wie der Bearbeitungsstand der Feuerwehrentschädigungssatzung ist. Die Satzung soll noch in den Ausschüssen der 1. Jahreshälfte 2020 vorgestellt und spätestens im Juli im Stadtrat beschlossen werden.
In diesem Zuge soll auch die Fortschreibung der Risikoanalyse beschlossen werden, deren Bearbeitung schon seit dem letzten Jahr aufgrund des Umfanges erfolgt, außerdem die Feuerwehrsatzung und die Gefahrenabwehrverordnung (muss alle 10 Jahre überarbeitet werden). Alle Vorlagen werden auch in den Ortschaftsratssitzungen vorgestellt werden.

Herr Schulz hat vor Beginn der Sitzung den „Finanzbedarf in den Ortschaften" (Anfrage von Frau Klimt in der letzten Sitzung) den Ausschussmitgliedern auf den Platz gelegt. So z. Bsp ist noch offen die Dachsanierung des Bürgerhauses in Westdorf. Bisher ist man da noch bei der Ursachenforschung. Auch in Mehringen auf der Festinsel muss die Erneuerung des Tores/Toreinfassung der Festhalle erfolgen.
Sechs Ortsteile haben zum Thema keine Meldung abgegeben.

Am 20. Mai 1990 – jährt sich zum 30igsten Male in diesem Jahr – ist die Städtepartnerschaft zwischen Aschersleben und Peine gegründet worden. Aschersleben ist Gastgeber zu diesem Jubiläum. Wie bereits zum 25. soll das auch am 30jährigen Jubiläum an dem Tag auch gefeiert werden. Die Delegation aus Peine wird am frühen Nachmittag erwartet, so dass gegen 16:00 Uhr mit dem Beginn zu rechnen ist. Alle Programmpunkte sollen in Aschersleben stattfinden. Das genaue Programm wird den Ausschussmitgliedern zeitnah zugehen.

In diesem Jahr war eine Sportbegegnung mit den finnischen Schwimmern (in Finnland) angedacht, die aber nun leider von deren Seite abgesagt und auf das nächste Jahr verschoben wurde, da die neugebaute Schwimmhalle sanierungsbedürftig ist und nicht genutzt werden kann.
Vielleicht kann bis dahin geklärt werden, ob die slowakischen Partner Interesse an diesem Austausch haben und mit einbezogen werden können.

zu 5.1 *Polizeipräsenz in Sachsen-Anhalt (Vorstellung durch den Leiter des Polizeireviers des Salzlandkreises - Kriminaloberrat Steffen Kuse)*

Frau Reisky informiert, dass bereits mit der Einladung eine kleine Sammlung an Fragen, die die Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Recht und Kommunales interessieren würden, beigelegt wurde. Sie erteilt Herrn Kriminaloberrat Herrn Kuse das Wort.

Herr Kuse bedankt sich für die Einladung, erwähnt aber, dass er nicht wie er der Presse (Veröffentlichung der Tagesordnung) entnommen hat zur „Polizeipräsenz in Sachsen-Anhalt" etwas berichtet, sondern zur „Polizeipräsenz im Salzlandkreis".
Dank der bereits an die Einladung angehängten Liste der Fragen, konnte eine Vorbereitung stattfinden. Im vorab werden noch einige allgemeine Informationen zur Struktur und zum Aufbau gegeben – begleitend von einer Power-Point-Präsentation.

Der Sitz des Polizeireviers befindet sich in Bernburg. Das Revier ist für den gesamten

Salzlandkreis mit ca. 200.000 Einwohnern und den 11 Einheits- und Verbandsgemeinden zuständig.
Mit Beginn des Jahres 2019 erfolgte eine Polizeistrukturreform in Sachsen-Anhalt; das Land wurde in 4 Polizeiinspektionen aufgeteilt: Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau, Stendal. Der Salzlandkreis gehört zur Polizeiinspektion Magdeburg.
Die Struktur des Polizeireviers Salzlandkreis ist unterteilt in: Revierleiter, Reviereinsatzdienst, Revierverwaltungsdienst, Zentrale Aufgaben, Revierkriminaldienst. Aschersleben ist dem Kernbereich Bernburg zugeordnet.

Frage 1:
Ist die Polizeipräsenz in unserer Stadt ausreichend? Von den Bürgern wird diese als nicht ausreichend eingeschätzt.

Nach Möglichkeit sollen die Ereignisorte, die nach polizeilicher Sicht relevant sind, in kürzester Zeit erreicht sein. Durch das Innenministerium ist dafür eine Einsatzreaktionszeit benannt – diese sollte nicht über 20 min sein. Das Polizeirevier Salzlandkreis (und auch das gesamte Land Sachsen-Anhalt) hat eine Einsatzreaktionszeit von 16 min und 10 s, was ein herausragend guter Wert ist. Zutreffend ist das aber nur für Einsatze, die der Priorität 1 unterliegen (Gefahr für Leib und Leben – Schlägereien, Brände, Verkehrsunfälle). Dann gibt es noch Einsätze, die der Priorität 2 unterliegen, wenn konkret keine Gefahr für Leib und Leben besteht, wie z. Bsp. bei Parkplatzauffahrunfällen. Anhand dieser Zahl kann gesagt werden, dass die Polizeipräsenz ausreichend ist.
Die Bevölkerung versteht aber unter Polizeipräsenz etwas anderes und ist der Meinung, dass es zu wenig Polizeikräfte vor Ort gibt. Gerade in Aschersleben ist durch die Fachhochschule der Polizei durch die angehenden Polizisten genügend Präsenz vorhanden.

Frage 2:
Im Zuge der Polizeistrukturreform 2014 wurde die Zahl der Polizisten in Sachsen-Anhalt von 6.800 auf 6.000 Stellen reduziert (MZ vom 12.02.2020). Organisation der Polizeiarbeit in Aschersleben, wie sind die reellen Zeiten bis Einsatzort erreicht ist? Die Polizei kann oft die zur Verfügung stehenden Polizeieinsatzwagen aus Personalmangel nicht besetzen.

Die angestrebte Zahl von Polizeibeamten liegt bis Ende 2022 bei 6.400. Auch aus Sicht der Polizei könnten es mehr sein; dies wird aber auf einer anderen Ebene beschlossen.
Das Land Sachsen-Anhalt ist durch das Innenministerium in 56 Streifenbereiche eingeteilt – der Salzlandkreis hat 4 Streifenbereiche (Aschersleben, Staßfurt, Bernburg, Schönebeck). In jedem Bereich hat mindestens 1 Streifenwagen zu sein, zu 99 % gelingt das auch immer. Für die Bewältigung der Einsatzlage wäre der Einsatz von 5 Streifenwagen natürlich besser.

Frage 3:
Wie sind die Präsenzzeiten der Polizeibeamten? Verkehrskontrollen, besonders die Einhaltung der Verkehrsgeschwindigkeiten finden zu wenig statt.

Die Außenstelle Aschersleben ist rund um die Uhr, also 24 Stunden, besetzt. Wie bereits erwähnt sind 4 Streifenwagen die Mindestzahl - für die Bewältigung der Einsatzlage ist der Einsatz von 5 Streifenwagen natürlich besser, was in der Regel auch geschafft wird.
Es ist durch Statistiken festzustellen, dass der Bedarf von Streifenwagen tatsächlich am Sonnabend am Abend nicht höher ist, als eventuell am Montag in der Frühschicht oder am Donnerstag in der Spätschicht.
Auf das Thema Verkehrskontrollen wird später eingegangen.

Frage 4:
Vandalismus und Drogen nehmen gerade unter den Jugendlichen extrem zu, können wir uns da eine Unterbesetzung der Polizei erlauben?

Eine Unterbesetzung kann sich die Polizei natürlich nicht erlauben und es wird natürlich verhindert, dass das eintritt.

Frage 5:
Gibt es eine Statistik zur Jugendkriminalität und Altersstruktur und wesentlichen (auffälligen) Delikten?

Die Statistiken, die momentan vorliegen, enden mit dem Jahr 2018 und sind daher nicht aktuell. Über die aktuelle Statistik (2019) darf in den ersten Monaten nicht berichtet werden – solange, bis der Innenminister zu der polizeilichen Kriminalstatistik öffentlich berichtet hat - das wird wahrscheinlich Mitte/Ende des Monats März sein. Erst dann dürfen danach die Polizeiinspektionen und dann die Polizeireviere darüber berichten. Zum Thema Kriminalstatistik im Salzlandkreis gibt es dann auch einen Pressetermin.
Es werden natürlich über das Angefragte Statistiken geführt; zu gegebener Zeit kann darüber Auskunft gegeben werden.

Frage 6:
Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den zunehmenden Vandalismus zu begegnen?
Frage 7:
Wie wird der zunehmende Drogenkonsum bewertet und was wird dagegen unternommen? Drogennotfälle erfordern Polizeieinsätze und Notarzteinsätze.

In einer Stadt wie Aschersleben wird man „gefühlt" häufig mit den Themen Drogen und Vandalismus konfrontiert. Tatsächlich sprechen die Zahlen, die die Polizei erhebt, dagegen. Man könnte sagen, dass es in Aschersleben keine Drogenkriminalität gibt, wenn in dieser Hinsicht nicht ermittelt wird. Sobald aber Kräfte freigestellt werden, die sich mit der Betäubungsmittelkriminalität beschäftigen, werden auch Straftaten ermittelt. Wenn sich z. Bsp. 20 Beamte mit der Drogenkriminalität beschäftigen würden, hätten diese auch mit vielen Delikten zu tun. Die Zahl der Delikte hängt davon ab, wie stark und intensiv in dieser Richtung ermittelt wird. Mit dem zur Verfügung stehenden Personal wird sehr intensiv ermittelt. Die Stadt Aschersleben stellt aber in diesem Bereich für das Polizeirevier Salzlandkreis keinen Schwerpunkt

dar. Es ist falsch zu sagen, dass es in Aschersleben keine Drogenkriminalität gebe, aber es ist nicht so ein schwerwiegendes Problem, so wie es manchen einzelnen anderen Städten vorkommt. Es ist aber auch so, dass z. Bsp. Schüler der 9. und 10. Klasse mindesten einen kennen, der Drogen verkauft oder diese verkonsumiert. Man kennt diese Leute schon und in diesen Bereichen wird regelmäßig ermittelt.

Frage 8:
Aschersleben hat eine Polizeifachschule, an der Polizisten ausgebildet werden. Könnten diese vielleicht in die Polizeiarbeit mittels Praktika einbezogen werden? (Polizeipräsenz)

Die Polizeischüler werden in die Polizeiarbeit mit einbezogen. Nach einem halben Jahr Fachhochschule gehen die Polizeischüler in die Praktika, aber natürlich nicht nur im Salzlandkreis. Im Salzlandkreis gibt es ca. 40 Praktikanten im halben Jahr – die absolute Höchstgrenze., die zu bewältigen ist. Jedem Praktikanten ist ein Polizeibeamter zugeordnet, der sich für den Praktikanten verantwortlich fühlt. Das Praktikum ist Teil des Studiums – in erster Linie sollen die Schüler etwas lernen. Es sind noch keine vollwertigen Polizeibeamten. Bei der 2. Praktika sind die Schüler schon reicher an Erfahrung und anders einsetzbar.

Frage 9:
Was können wir tun um wieder ein richtiges Poilzeirevier in Aschersleben (eine Stadt mit 30.000 Einwohnern) zu haben? Unsere zwei Polizeibereichsbeamten sind sehr bemüht den Kontakt zu den Bürgern aufrecht zu erhalten, aber zwei Beamte sind da einfach zu wenig. Der Respekt gegenüber unserer Polizei, besonders von Jugendlichen lässt oftmals sehr zu wünschen übrig, und auch so der Respekt vor unserem Staat.

Man sollte sich an Landrat und Oberbürgermeister, sowie sämtliche politische Vertreter, wenden. Die Einzigen, die nichts bewirken können, ist die Polizei selbst. Es ist eine politische Entscheidung und liegt nicht in deren Hand. Aschersleben ist eine Außenstelle mit genügend Personal.
Die Polizeischüler der Fachhochschule in Aschersleben sind im Stadtbild auch vorhanden – sie nutzen das WEMA-Gebäude, die Hobelei, die Adam-Olearius-Schule und nicht zuletzt das ehemalige Polizeirevier an der Darre. Polizeibewegung ist deutlich in Aschersleben wahrzunehmen.
Die zwei Regionalbereichsbeamten sind sehr bemüht, den Kontakt zu den Bürgern aufrecht zu erhalten – zwei sind aber natürlich zu wenig. Durch das Innenministerium wurde mal festgelegt, dass in Städten mit mehr als 30.000 EW 3 Regionalbereichsbeamte vorzuhalten sind. In Städten unter 30.000 EW 2 Regionalbereichsbeamte – nach unten hin gibt es keine Grenze, d. h., dass vielleicht Orte mit 5.000 EW auch 2 Regionalbereichsbeamte haben können – und da stimmt das Verhältnis nicht. Es wird sich aber bemüht, dass immer 2 Regionalbereichsbeamte vor Ort sind. Es kann aber nicht garantiert werden, wenn die Stellen z. Bsp. altersbedingt oder aus anderen Gründen frei werden, dass die Stellen zeitnah wieder besetzt werden können – aber auch hier wird sich bemüht, dass das so ist. Das liegt auch im Sinne des Innenministers. Die Arbeit der Regionalbereichsbeamten ist sehr wichtig.

Respekt gegenüber der Polizei – hängt auch sicher von den Personen selbst ab. Die Zusammenarbeit, bzw. der Respekt gegenüber allen staatlichen Institutionen (auch der Polizei) hat sich in den Jahren deutlich geändert. Mit diesem Umstand muss man aber umgehen können.

Nochmals zur

Frage 3:
Verkehrskontrollen, besonders die Einhaltung der Verkehrsgeschwindigkeiten finden zu wenig statt. Polizeibewegung in Aschersleben ist schon deutlich wahrzunehmen, u.a. weil die Polizeischüler das ehemalige Polizeirevier nutzen, sowie auch einige andere Institutionen.

Es ist das Ziel, an jedem Tag des Monats im Salzlandkreis Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. In einer Übersicht für den Monat Januar ist zu ersehen, dass weitestgehend an jedem Tag – manchmal auch Mehrfachkontrollen (dafür fallen dann mal ein paar Tage weg) – an verschiedenen Orten durchgeführt werden – auch im Bereich Aschersleben. Im gesamten Salzlandkreis gibt es 143 Schulen – vor jeder Schule sollten möglichst Geschwindigkeitskontrollen stattfinden; es gibt regelmäßig Anrufe von besorgten Bürgern, die Schwerpunkte melden; der Salzlandkreis hat viele Orte. Dem kann natürlich nicht immer im vollen Umfang entsprochen werden und heruntergebrochen auf jeden einzelnen Ort bleibt da nicht viel übrig. In Aschersleben fanden im Januar 5 Kontrollen statt. Man muss es aber immer auf den gesamten Salzlandkreis hochrechnen.
Die Polizei ist auch im Besitz eines Auto`s mit installiertem Blitzgerät, was zusätzlich zu den Handblitzgeräten genutzt werden kann.

Frage 10:
Statistik Kriminalität

- bereits im Punkt 5 beantwortet

Frau Reisky bedankt sich für die ausführlichen Informationen zu den vom Ausschuss für Ordnung Recht und Kommunales gestellten Fragen.

Herr Wieczorek fragt zum Thema Drogenkriminalität, ob es möglich ist, mit einer höheren Polizeipräsenz Prävention zu betreiben? In den Ausführungen zum Thema klang es so, als wenn es nur keine Drogenkriminalität in Aschersleben gibt, weil dem nicht nachgegangen wird, u. a. auch wegen Personalmangel. In der Realität, gerade in den Schulen, sieht es aber anders aus. Man kennt diese Leute sogar mit Namen. Diese Aktivitäten müssen unbedingt eingedämmt werden.

Außerdem fragt er nochmals nach, ob es richtig ist, dass mit einem Antrag an politische Gremien beantragt werden kann, dass Aschersleben wieder ein Revierkommissariat bekommt?

In Aschersleben gibt es verkehrsberuhigte Bereiche (z. Bsp. Breite Straße), in denen ständig Geschwindigkeitsüberschreitungen erfolgen – was kann dagegen getan werden? Können dort nicht Polizeischüler zur Messung mit Handgeräten eingesetzt werden? Auch das Ordnungsamt wurde daraufhin schon mehrere Male hin angesprochen.

Herr Kuse betont, dass die Polizei natürlich nicht die Augen davor verschließt, dass es auch in Aschersleben Betäubungsmittelkriminalität gibt, diese wird auch bekämpft. Im Bereich Aschersleben sieht die Polizei aber nicht den Schwerpunkt – in anderen Städten/Bereichen ist es deutlich stärker. Diese Kriminalität macht auch vor den Grenzen zu anderen Kreisen keinen Halt und man kennt schon die Wege, die diese gehen und auch die Personen, die damit zu tun haben. Anhand der Konsumenten könnten die Delikte in der Anzahl steigen – aber gestoppt werden müssen die, die damit dealen. Die, die diese Drogen verkonsumieren, begehen nur in der Regel Straftaten, um sich das Geld dafür zu beschaffen. Gebe es mehr Personal, die sich damit beschäftigen könnten, würden natürlich auch mehr Delikte aufgeklärt werden und der Drogenkriminalität in Aschersleben könnte intensiver begegnet werden. Insgesamt für den Salzlandkreis kann man aber sagen, dass in dieser Hinsicht eine hohe Aufklärungsrate mit dem vorhandenen Personal erwirkt werden konnte.
Natürlich gibt es auch in Aschersleben Schwerpunkt dafür, so z. Bsp. den Bestehornpark – darum wird auch versucht sich zu kümmern, mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

Zum Thema „Revierkommissariat Aschersleben" ist zu sagen, dass es keine Aufforderung war, einen Antrag an politische Gremien zu stellen. Solch ein Antrag führt auch sicherlich nicht zum erhofften Erfolg. Die Polizeistruktur ist festgelegt und wenn es nicht irgendwelche herausragenden Ereignisse gibt, die es notwendig machen diese zu ändern, wird sie wohl so bleiben. Aber einen Antrag nach einem eigenen Revierkommissariat kann natürlich jede Stadt stellen.

Zum Thema Geschwindigkeitskontrollen kann gesagt werden, dass es nicht unnatürlich ist, die Polizei auf Schwerpunkte hinzuweisen und um Hilfe, bzw. Kontrolle durch Blitzen zu bitten. Dem wird in der Regel auch entsprochen, aber gerade die Breite Straße ist für Geschwindigkeitskontrollen sehr ungeeignet. Polizeibeamte können dort mit Handmessgeräten nicht arbeiten. Das funktioniert bei höchstens einem Fahrer, dann ist der Rest alarmiert und bremst ab. Dieselbe Reaktion gibt es, wenn ein Blitzerauto dort steht. Bremst einer, müssen alle anderen auch bremsen und es kann keiner mehr die Geschwindigkeit überschreiten. Diese Straße ist für jegliche Geschwindigkeitskontrollen ungeeignet.
Das Interesse der Geschwindigkeitskontrollen bei der Polizei liegt darin nicht Geld einzunehmen, sondern die Autofahrer zu disziplinieren und zu erziehen – Unfällen vorzubeugen; also Prävention zu betreiben. Bei Messungen ist das Ziel, so wenig wie möglich Geschwindigkeitsüberschreitungen ahnden zu müssen. Wenn bei 800 Messungen nur 5 Überschreitungen festzustellen waren ist das Fazit, dass dort so schnell nicht wieder geblitzt werden muss und man kann sich um andere Schwerpunkte kümmern. Die Gegebenheiten in der Breiten Straße sind auch schon von vornherein nicht so das wirklich gerast werden kann – sicherlich würden dort gar nicht so viele Verstöße festgestellt werden können – man empfindet das in der Regel

dort nur so.

Frau Klimt fragt nach, ob die Statistik, wenn der Innenminister diese vorgestellt hat, der Ausschussvorsitzenden oder dem Ordnungsamt der Stadt Aschersleben zugeschickt werden kann, um diese dann den Stadträten zur Verfügung zu stellen.

Herr Kuse: Bei der Statistik handelt es sich um kein Geheimpapier. Sie kann jeder Zeit beim Statistischen Landesamt oder beim Landeskriminalamt abgefordert werden. Sie ist aber sehr allgemein gehalten. Was interessiert, kann hinterfragt werden und wird dann auch im Detail beantwortet. Diese Fragen zur Statistik können auch an das Polizeirevier des Salzlandkreises geschickt werden; von dort werden sie dann weitergeleitet.

Frau Klimt: Eine Wahrnehmung ist, dass die straffällig werdenden Jugendlichen immer jünger werden. Durch die Statistik soll geklärt werden, ob das tatsächlich so ist. Alle Stadträte streben an, auch ein Auge auf die nachfolgende Generation zu werfen und notfalls dabei zu helfen, sie wieder auf den rechten Weg zu bringen, bevor sie zu Straftätern werden.

Herr Kuse: Dieses Engagement wird ausdrücklich von der Polizei begrüßt und unterstützt. Kriminalität ist leider nun mal jugendtypisch.

Herr Rossa: Aus den Ausführungen konnte herausgehört werden, dass 4 bis 5 Streifenwagen im Einsatz sind – a` 2 Personen in einem Streifenwagen. Das sind 8 oder 10 Polizeibeamte. Was wäre mit „Polizei trifft Stadt" – ohne Streifenwagen. Die Beamten gehen in die Stadt rein und sind direkte Ansprechpartner für die Bürger. In Magdeburg bestreift die Polizei zu Fuß gemeinsam mit dem Ordnungsamt die Stadt. Das Ordnungsamt der Stadt würde das sicher auch sehr gern sehen und unterstützen. Ist das für Aschersleben vorgesehen, mehr Polizeipräsenz in die Stadt zu bringen, mit Unterstützung des Ordnungsamtes?

Herr Kuse: Prinzipiell verwehrt sich die Polizei nicht, gemeinsame Streifen durchzuführen. In Aschersleben finden diese gemeinsamen Streifen regelmäßig statt. Das geht natürlich nicht rund um die Uhr, aber zu regelmäßigen Zeiten, sofern es natürlich der Personalbedarf erlaubt. In Aschersleben sind es die Regionalbereichsbeamten, die diese Streifen mit dem Ordnungsamt gemeinsam durchführen. Aber das ist nur eine Aufgabe von vielen, die die Regionalbereichsbeamten zu erfüllen haben.

Frau Reisky sagt, dass die Regionalbereichsbeamten bereits im Ausschuss für Recht, Ordnung und Kommunales Rede und Antwort gestanden haben und bedankt sich in diesem Zusammenhang für die gute Zusammenarbeit Polizei und Ordnungsamt der Stadt Aschersleben.

Herr Grossy informiert, das gemeinsame Kontrollen bei Bedarf wöchentlich, aber mindestens alle 14 Tage stattfinden – während des Tages, aber auch in den Abendstunden im Frühling/Sommer, wenn die sogenannten „Szeneplätze" wieder bevölkert sind. Dies wird seit ca. 2 Jahren durchgeführt und Erfolge sind deutlich zu

sehen.

Herr Fuchshuber und Herr Schulz verlassen um 18:05 Uhr den Ratssaal.

Herr Rother: Über welche Anzahl von Polizeibeamten (Außendienst) im Salzlandkreis wird hier gesprochen?
Ist das eine große Leistung (personell gesehen über das ganze Jahr), wenn statistisch gesehen ein Streifenwagen mehr fährt?
Was können Stadt und Stadträte tun, um gegen Vandalismus und Beschaffungskriminalität vorzugehen? Z. Bsp. mit Videoüberwachung? Wie kann die Polizei unterstützt werden?

Herr Kuse: Zum Thema Anzahl der Polizeibeamten ist zu sagen, dass für das Polizeirevier Bernburg – mit den Außenstellen Aschersleben und Staßfurt – ca. 70 Polizeibeamte zur Verfügung stehen. Dem Bereich Schönebeck stehen 33 Polizeibeamte zur Verfügung. Personell kann der Einsatz von 5 Streifenwagen erfolgen. Um eine Stelle rund um die Uhr zu besetzen, benötigt man 6/6 ½ Arbeitskräfte, um Urlaub, Krankheit, Weiterbildung usw. abzudecken.

Aschersleben hat im Vergleich zu den anderen 3 Städten das schönste Erscheinungsbild und ist sehr lebenswert. Dazu haben natürlich auch die Stadträte beigetragen. Zum Thema Videoüberwachung ist zu sagen, dass diese auch durch die Polizei erfolgen kann, sofern es sich um einen nach SOG gefährlichen Ort handelt. Daran sind gewisse Voraussetzungen geknüpft – so einen gefährlichen Ort gibt es in Aschersleben nicht. Es gibt keinen Ort in Aschersleben, wo konzentriert und häufig Straftaten erfolgen. Ist die Innenstadt von Aschersleben gefährlich? Wenn das so wäre; die gesamte Innenstadt kann nicht videoüberwacht werden.
Nach Prüfung könnte durch die Stadt eine Überwachung durch Videokameras erfolgen; aber dafür müsste dann rund um die Uhr eine Arbeitskraft zuständig sein, u.a. um die Videos zeitnah auszuwerten und bei Bedarf sofort zu handeln. Die Anforderungen (Datenschutz) für eine Videoüberwachung sind sehr hoch. Aus Sicht der Polizei wäre lediglich der Bestehornpark prädestiniert, videoüberwacht zu werden. Dieser ist aber baulich überhaupt nicht dazu geeignet – wo sollten dort Videokameras angebracht werden! Auch befinden sich im Park Menschen, die nicht videoüberwacht werden müssen und wollen.
Wichtig ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt. Wichtig ist auch, dass die Bürger bereit sind, festgestellte Straftaten zu melden und gegebenenfalls auch als Zeuge zur Verfügung zu stehen, was nicht so häufig ist, da viele Angst vor Konsequenzen haben.

Frau Reisky bedankt sich bei Herrn Kuse für seine ausführlichen Informationen und für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Herr Kuse verlässt um 18:13 Uhr den Ratssaal.

zu 6 *Anfragen und Anregungen*

Frau Klimt: bedankt sich, dass die Beantwortung der Anfragen aus dem Ausschuss vom 04.02.2020 bereits in dem heutigen Ausschuss erfolgten.

Im letzten Stadtrat hat eine junge Bürgerin der Stadt Aschersleben, sie war auch bereits mit ihren Eltern bei Herrn Grossy im Ordnungsamt, nochmals ihr Anliegen vorgetragen. Es handelt sich um die Familie Figur aus Aschersleben. Hier geht es nicht um die privaten Interessen, sondern um den Schulweg, der Raserei und einem möglichen Zebrastreifen (der auch bei anderen Schulen in der 30er Zone erfolgte) – gibt es von Seiten des Ordnungsamtes hier Aktivitäten? Ist diese nochmalige Anfrage bekannt?

Herr Grossy sagt, dass dieses Thema mit Familie Figur eigentlich „endbearbeitet" war. Es fand ein Gesprächstermin im Büro statt, in dem noch einmal das gesamte Thema erörtert wurde. Von der Verwaltung wurde vorgegeben, was gemacht werden könnte – konkret Markierung -, was auch noch gemacht werden soll (fehlen noch die nötigen Materialien). Es wurde erklärt, warum nur dieser Weg in Frage kommt. Daher ist es unerklärlich, dass diese Anfrage noch einmal im Stadtrat vorgetragen wurde. Bei Bedarf wird diese Anfrage natürlich schriftlich beantwortet.

Frau Reisky informiert, dass sie mit der Direktorin der Burgschule, Frau Brandt-Heim, zu diesem Thema gesprochen hat. Die Burgschule liegt in der 30er Zone. Aus persönlicher Erfahrung kann gesagt, werden, dass man sich in der Zone kaum an diese Geschwindigkeit hält – fährt man 30, wird man von hinten „angeschoben". Das Schild „30er Zone" fängt an, wenn man vom Zollberg rechts einbiegt. Wahrscheinlich nehmen das viele Fahrzeugführer nicht wahr.
Eine große Herausforderung sind für die Autofahrer auch die Eltern, die ihre Kinder bringen oder abholen und diese mitten auf der Kreuzung aus dem Auto lassen.

Herr Grossy sagt, dass das Fehlverhalten der Eltern beim Anhalten und Parken schon seit geraumer Zeit ein Problem ist, deshalb finden regelmäßig Kontrollen durch das Ordnungsamt (und auch mit der Polizei) statt. Zum Thema sei erinnert an die Grundschule Pfeilergraben – Thema Fußgängerüberweg. Der Fußgängerüberweg wurde eingerichtet – genutzt wird dieser vor allen Dingen von den Bewohnern aus dem neuen Wohngebiet, die nun sicher über die Straße kommen. Aber das Parkverhalten der Eltern hat sich nicht wesentlich dadurch geändert – vor allen Dingen beim Bringen der Kinder. Dagegen kann man wenig machen. Mit den betreffenden Schulen wurde bereits mehrfach das Gespräch gesucht. Es erfolgte auch die Weitergabe der Problematik an die Eltern – aber es bringt leider nichts.
Durch die Regionalbereichsbeamten finden in den Schulen Veranstaltungen statt, sowohl für die Kinder als auch für die Lehrer – auch die Eltern werden einbezogen. Aber die Umsetzung durch die Eltern klappt einfach nicht.
Im Bereich Vor dem Steintor liegen zwei Schulen an: Grundschule Luisenschule und Sekundarschule Burgschule. Auf der rechten Seite vor der Kreuzung befindet sich die Bushaltestelle – auf der rechten Seite werden die Schüler rausgelassen und kommen nicht mit dem fließenden Verkehr in Berührung. Problem: die von Eltern gebrachten

Kinder werden mitten auf der Kreuzung aus dem Auto gelassen und sind so durch den fließenden Verkehr stark gefährdet. Die „30" die oben am Zollberg steht und die „30" die vor der Brücke steht, wenn man vom Hohlweg kommt, sollen weiter nach vorn versetzt werden, um den Charakter der Zone zu verdeutlichen. Mit diesem Ergebnis ist man aus dem Gespräch mit Familie Figur auseinandergegangen. Es wird dort auch regelmäßig durch uns geblitzt, was aber nicht den erhofften Erfolg bringt, da zu den Zeiten, wo die Kinder in die Schule gebracht werden, Berufsverkehr ist, d. h. der fließende Verkehr ist durch das hohe Aufkommen zähflüssig und es können kaum/keine Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt werden.
An die Einrichtung eines Fußgängerüberweges sind hohe Hürden in eine Zone 30 gestellt. Das beginnt u. a. mit bestimmten Fußgängerfrequenzen pro Stunde, die nachzuweisen sind. Eine Zone 30 widerspricht sich mit Fußgängerüberwegen. In einer Zone 30 ist die Fahrgeschwindigkeit vorgegeben und ein Fußgängerüberweg erübrigt sich dann eigentlich. Erschwerend: es gibt nur die Beschwerden durch diese eine Familie. Auf die Fahrbahn wird die „30" aufgebracht, wie in dem gemeinsamen Termin vereinbart.

Frau Reisky erwähnt, dass an der Grundschule Luisenschule auf der Fahrbahn die Markierung „30" und Kinder aufgebracht sind. Außerdem steht ein Schild „Achtung Kinder". An der Burgschule ist sowas nicht vorzufinden.

zu 7 *Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung*

Die Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung erfolgt durch die Ausschussvorsitzende Frau Reisky um 18:21 Uhr.

Frau Beier (Presse) verlässt den Ratssaal.